

Integrationsarbeit behält Priorität: Neue Stellen fürs KI Kreis Unna

Das Land ist sicher: Die erfolgreiche Integration von zugewanderten Menschen ist wichtig für ein solides Gesellschaftsgefüge. Es verstärkt deshalb das Stammpersonal der Kommunalen Integrationszentren (KI) mit Sitz an der Schulstraße in Bergkamen-Weddinghofen spürbar.

Die Nachricht ist nur wenige Tage alt und fand bereits Zustimmung im Ausschuss für Soziales, Familie, Gleichstellung. „Das politische Signal ist wichtig“, unterstreicht Landrat Michael Makiolla. Denn der vom Landtag beschlossene Ausbau der Kommunalen Integrationszentren über eine „erweiterte Landesförderung“ sieht auf Dauer drei neue Fachkräfte im KI (bislang 3,5 Stellen) und deren Finanzierung in Höhe von bis zu 50.000 Euro jährlich vor.

„Der Kreis muss für die personelle Verstärkung aber auch selbst Geld in die Hand nehmen“, unterstreicht der Behördenleiter. Soll er auch – so liest sich jedenfalls der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses in Richtung Kreistag. Konkret in Rede stehen jährlich aus dem Kreishaushalt zu finanzierende 44.000 Euro. Die im laufenden Jahr noch fälligen außerplanmäßigen 11.000 Euro können nach Mitteilung der Verwaltung innerhalb des Sozialbudgets aufgefangen werden.

Kümmern sollen sich die noch einzustellenden Fachleute im KI Kreis Unna um die Aktualisierung der Integrationsleitzielen und die Anpassung des 2012 verabschiedeten Integrationskonzepts an eine nicht nur, aber auch durch die Flüchtlingsbewegung veränderte Realität. „Wir wollen uns beispielsweise noch mehr mit den Städten und Gemeinden vernetzen, also austauschen und vom jeweils anderen Lernen und gute Ideen oder Projekte

übernehmen“, erläutert KI-Leiterin Marina Raupach.

Außerdem möchte das Kommunale Integrationszentrum mit den Angeboten der frühen Bildung für Eltern und Kinder in die Fläche gehen. Die Unterstützung von Kindertagesstätten bei der interkulturellen Familienbildung soll ebenfalls breiter aufgestellt werden.

Damit nicht genug. Auch das NRW-Schulministerium wurde aktiv. Es gab grünes Licht für die sofortige Besetzung von 1,5 vom Land ans KI Kreis Unna abgeordnete Lehrerstellen (bislang 3). Mit den bis August 2019 befristeten Stellen aufgefangen werden soll insbesondere der seit Monaten steigende Beratungs- und Fortbildungsbedarf für Lehrkräfte und die Arbeit der Go-In-Erstberatungsstelle.

PK | PKU

Zwischenbilanz für „KOMM-AN NRW“: Profis vom Kommunalem Integrationszentrum machen Ehrenamt stark

„Integration bewegt, bringt viel, macht aber auch Arbeit.“ Zu diesem Schluss kommt Landrat Michael Makiolla anlässlich eines Zwischenberichtes über „KOMM-AN NRW“. Es stärkt die Integrationsarbeit „von Amts wegen“ und unterstützt die ehrenamtliche Hilfe vor Ort. Wie gut beides klappt, zeigt eine Zwischenbilanz.



Katja Arens (M.) und Ina Ravenschlag (r.) ziehen eine positive Zwischenbilanz für die Umsetzung von „KOMM-AN NRW“ im Kreis Unna. Außerdem auf dem Foto: Marina Raupach (l.), Michael Makiolla (hinten links) und Thorsten Göpfert.
Foto: Constanze Rauert – Kreis Unna

Aufgelegt wurde das Programm „KOMM-AN NRW“ im Jahr 2016. Wichtigster Partner fürs Land und die Ehrenamtlichen vor Ort dabei ist einmal mehr das Kommunale Integrationszentrum (KI) Kreis Unna.

Dort arbeiten mit Katja Arens und Ina Ravenschlag zwei Power-Frauen dem Ehrenamt im besten Sinne „in die Hände“. Denn: Wo der Wille zur ehrenamtlichen Hilfe ist, kann eine kompetente Koordinierung, Beratung und Information nicht schaden.

„KOMM-AN NRW“ fußt im Kern auf zwei Säulen: Stärkung der Kommunalen Integrationszentren und Förderung von Maßnahmen vor Ort wie z.B. die Einrichtung und der Betrieb von Ankommenstreffpunkten. Für beide „KOMM-AN“-Säulen gibt es Geld – und zwar nicht wenig. Insgesamt fast 164.000 Euro wurden 2016 überwiesen, gut 243.300 Euro sind für das laufende Jahr beantragt bzw. zugesagt.

Zu tun gibt es genug, wie Katja Arens und Ina Ravenschlag in ihrem Zwischenbericht im Ausschuss für Soziales, Familie, Gleichstellung mit einigen Zahlen belegten. Ihre „Kunden“ sind 14 heimische Ehrenamtsinitiativen mit jeweils zwischen 20 und 300 Ehrenamtlichen. Da sind Tipps, Beratungen und Informationen mehr als willkommen.

Besonders wichtig: Gespräche und offener Austausch, Netzwerkarbeit mit den Städten und Gemeinden, den Wohlfahrtsverbänden, den zuständigen Sozialarbeitern und natürlich mit den Ehrenamtsinitiativen. Gleichzeitig hat sich die vom KI organisierte regelmäßige Fragestunde für in der Flüchtlingshilfe engagierte Helfer zu einem „Top-Termin“ entwickelt.

Workshops zur interkulturellen Kompetenz, der Spracharbeit oder auch zum achtsamen Umgang mit sich selbst runden die vielfältigen, durch „KOMM-AN NRW“ angestoßenen oder ins Konzept passenden Aktivitäten ab.

Auch wenn das Programm Ende des Jahres ausläuft, Ideen zu mehr Integration und Hilfe fürs Ehrenamt gibt es genug. So könnte ein „Sprachmittler-Pool“ über einen anderen Landestopf mit bis zu 50.000 Euro jährlich aufgebaut und koordiniert werden. PK | PKU

Kreisel an der Friedenskirche weiterhin ein Unfallschwerpunkt

Der Kreisverkehr Töddinghauser Straße / Landwehrstraße an der Friedenskirche ist aus der Sicht des Kreises Unna weiterhin

der Unfallschwerpunkt im Bergkamener Stadtgebiet. Im vergangenen Jahr gehörte noch die Kreuzung Lessingstraße / Auf der Alm dazu. Hier scheinen die Verkehrsteilnehmer die bekannten Vorfahrtsregeln zu beachten.

Acht Stunden hat es gedauert, das Treffen der gemeinsamen Unfallkommission des Kreises: Die 25 Mitglieder richteten ihren Blick wieder auf Straßen, auf denen in der Vergangenheit schwere Unfälle passiert sind. Ziel ist es, gefährliche Stellen möglichst früh zu erkennen und zu entschärfen.

Die Zahl der Unfallhäufungsstellen, die die Kommission unter die Lupe nahm, blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant: 19 Straßenabschnitte, Kreuzungen oder Einmündungen gelten wegen erhöhter Unfallzahlen weiterhin oder erstmals als Unfallhäufungsstellen (2016: 18).

„Leider steigt die Zahl der Unfälle unter Beteiligung von Radfahrern weiter an“, erläutert Harald Meibert, beim Kreis für die Verkehrssicherung zuständig, stellvertretend für die Unfallkommission. „Deshalb haben wir zum ersten Mal einen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs e. V. (ADFC) zur Beratung hinzugezogen.“

Häufig haben Unfälle mit Radfahrern schlimme Folgen und gehen mit schweren Verletzungen einher. „Ein Radfahrer hat keine Knautschzone und zieht bei einer Kollision mit einem Auto immer den Kürzeren“, stellt Meibert fest und appelliert an alle, die im Straßenverkehr unterwegs sind, sich an die geltenden Vorschriften zu halten.

Und das nicht ohne Grund: Im Rahmen der Analysen und Beratungen wurde einmal mehr deutlich, dass der Faktor Mensch nicht unerheblichen Anteil an der Entstehung einer Unfallhäufungsstelle hat. „Diese Unfälle stehen in keinem Zusammenhang mit der Verkehrssituation und den baulichen Gegebenheiten, sondern sind auf Fehlverhalten und Missachtung der Verkehrsregeln zurückzuführen“, erklärt Meibert.

Wenn aber Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Verhinderung von Unfällen beitragen können, dann regt die Unfallkommission diese an: Die Handlungspalette reicht von Änderungen bei der Verkehrsregelung und Lenkung durch die Straßenverkehrsbehörden über die Verkehrsüberwachung (Kreispolizeibehörde und Straßenverkehrsbehörden) bis hin zur Verkehrssicherheitsberatung (Kreispolizeibehörde) und baulichen Maßnahmen (Baubehörden).

Zusammensetzung der Unfallkommission

Die örtliche Unfalluntersuchung und damit die Arbeit der Unfallkommission ist eine gemeinsame Aufgabe von Straßenverkehrs-, Polizei- und Straßenbaubehörden. Der Unfallkommission gehören neben der Bezirksregierung alle kreisangehörigen Städte (ohne Lünen), die Kreispolizeibehörde, der Landesbetrieb Straßen NRW mit den Meistereien und der Autobahnniederlassung, der Fachbereich Straßenbau des Kreises und der Fachbereich Straßenverkehr (Aufgabenbereich Verkehrssicherung) des Kreises an. Der Fachbereich hat auch den Vorsitz der Unfallkommission. PK | PKU

Bundesumweltministerium spendiert 57.400 Euro: Im Rathaus gehen jetzt die LED-Lichter an

Die Stadt Bergkamen freut sich über die Bewilligung des Förderantrages zur Installation einer äußerst sparsamen LED-Beleuchtungsanlage im Rathaus. Im Rahmen der Kommunalrichtlinie wurde der Stadt Bergkamen ein Zuschuss in Höhe von 30% der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt.



Eine Kostenermittlung für die Umrüstung der Bürobeleuchtung des Rathauses auf hocheffiziente LED-Beleuchtungstechnik ergab Kosten in Höhe von ca. 190.000 Euro. Mit der Bewilligung des Förderantrags durch den Bundesumweltminister / Forschungszentrum Jülich steht nunmehr ein Förderbetrag in Höhe von

57.400 Euro für die Maßnahme zur Verfügung.

„Damit leistet die Stadt Bergkamen einen wesentlichen Beitrag, vorbildliche Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Verantwortungsbereich durchzuführen“, freut sich der Erste Beigeordnete Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters über die Förderzusage.

Die Beleuchtungsanlage des Bergkamener Rathauses ist nach 35 Jahren veraltet und ineffizient. In der Vergangenheit wurde schon öfters eine Sanierung der Beleuchtung des Rathauses in Betracht gezogen, jedoch mit Ausnahme von Teilbereichen (Flure und Treppenhäuser), aufgrund der Haushaltssituation immer wieder zurückgestellt.

Um zu prüfen wie groß die Energieeinsparpotentiale durch die Umrüstung der Beleuchtung auf LED-Technik tatsächlich sind, wurde im Vorfeld ein Musterraum eingerichtet. Durch separate Zähler wurden daraufhin die Stromverbräuche des Musterraums sowie dem angrenzenden Büro über einen Zeitraum von sechs Wochen erfasst. Als Ergebnis wurden Einsparpotentiale in Höhe von mehr als 80% festgestellt.

Bei der Berechnung der Amortisationszeiten wurden nur die Beleuchtungsanlagen in 142 Büroräumen berücksichtigt. Die Beleuchtung in den Sanitärräumen, Lager- und Technikräumen sowie den Räumen des Kellergeschosses, des Ratstraktes und teilweise des Erdgeschosses wurden wegen der niedrigen Betriebszeiten bei der Betrachtung nicht berücksichtigt. Aus energetischer Sicht ist ein Austausch der Beleuchtungsanlagen in diesen Räumen wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Legt man die Differenz der installierten Leistung vor und nach der

Sanierungsmaßnahme zugrunde sowie die hohe Lebensdauer (ca. 25 Jahre), ergibt sich eine potentielle Einsparung in Höhe von ca. 15.000 Euro/a und somit eine Amortisationszeit von ca. 8 Jahren.

Anbau für OGS der Overberger Grundschule: Stadt einigt sich mit dem klagenden Nachbarn

Der dringend notwendigen Erweiterung der OGS der Overberger Grundschule steht kaum noch etwas entgegen. Das benötigte Geld für den Anbau hatte der Stadtrat bereits gebilligt und auch die Bauvoranfrage war durch das Baudezernat positiv beschieden worden. Die Klage eines Grundstücksnachbars vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen stoppte zunächst dieses Projekt.

Jetzt gab in der jüngsten Sitzung des Stadtrats der Erste Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters. Er berichtete, dass mit dem klagenden Nachbarn ein Vergleich abgeschlossen worden sei. Geeinigt habe man sich darauf, dass der geplante Anbau jetzt ein paar Meter mehr von der Grundstücksgrenze zum Nachbarn weggerückt wird.

Das letzte Wort hat nun das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, Es muss dem erzielten Vergleich zwischen der Stadt und dem Nachbarn zustimmen.

Trägertreffen in Lünen: „Christoph 8“ bringt Hilfe aus der Luft

Vor mehr als 40 Jahren brachte er erstmals schnelle Hilfe aus der Luft; seit 2005 sitzen Piloten des ADAC am Steuerknüppel von „Christoph 8“. Wie sich ihre Einsatzzahlen entwickeln, ist regelmäßig ein Thema bei den Treffen der Trägergemeinschaft. Diesmal fand es im Lüner St. Marien-Hospital und damit in Sichtweite des Hubschrauberstandortes statt.



Beim Treffen im Lüner St. Marien-Hospital informierten sich Vertreter der Trägergemeinschaft über die Luftrettung. Foto: Jens Bongers – Kreis Unna

Im Jahr 2016 wurden rund 1.160 Einsätze geflogen. Das sind

weniger als im vorletzten Jahr, wo der ADAC im Gebiet der Trägergemeinschaft fast 1.300 Mal im Einsatz war. Der Rückgang der über die Rettungsleitstelle des Kreises Unna koordinierten Einsätze soll in den kommenden Monaten genauer in den Blick genommen werden.

Der Kreis als sogenannter Kernträger möchte gemeinsam mit den anderen Kreisen und kreisfreien Städten im „Christoph-8-Verbund“ einen Indikatoren-Katalog zusammenstellen. Herausgearbeitet werden sollen u.a. Situationen, bei denen die Rettung aus der Luft das erste Mittel der Wahl ist. Gedacht wird dabei z.B. an die Reanimation von Kindern oder von schweren Unfällen.

Darüber hinaus sollen Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis für die Arbeit der jeweils anderen Einsatzkräfte weiter ausgebaut werden. Auf Anregung von Landrat Michael Makiolla geplant sind etwa Treffen der „Christoph-8“-Rettungsteams mit Polizeikräften und Feuerwehrleuten.

Hintergrund

„Christoph 8“ stellt die Luftrettung im Großraum „östliches Ruhrgebiet“ und in Teilen des Münster- und Sauerlandes sicher. Zu den Trägern gehören der Kreis Coesfeld, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis, die Kreise Recklinghausen, Soest, Warendorf, der Kreis Unna und die kreisfreien Städte Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm, Herne.

Zum Einsatzteam gehört neben dem Piloten und dem Rettungsassistenten der ADAC Luftrettung jeweils ein Notarzt. Die ärztliche Besatzung von „Christoph 8“ wird von der Klinik für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin am St. Marien-Hospital gestellt. PK | PKU

In zwei von über 430 Stimmbezirken: Kreis korrigiert amtliches Endergebnis

Das amtliche Endergebnis zur Landtagswahl im Kreis wurde am 18. Mai festgestellt und nach dem Entdecken von Übertragungsfehlern in zwei von 433 Stimmbezirken wenige Tage später auf Veranlassung des Landeswahlleiters korrigiert. Zu den Stimmgewinnern bzw. Verlierern gehören die PIRATEN, DIE LINKE und die AfD.



Weil Zahlen in falsche Zeilen eingetragen worden waren, musste das Landtagswahlergebnis in zwei Stimmbezirken im Kreis korrigiert werden. Foto: Birgit Kalle – Kreis Unna

Grund für die in einer Sondersitzung des zuständigen Kreiswahlausschusses am 23. Mai erfolgte Korrektur des amtlichen Endergebnisses waren Fehler bei der Übertragung von Wählerstimmen von einem Formular in ein anderes. Einige Zahlen wurden in falsche Zeilen eingetragen, so dass abgegebene Stimmen nicht den Parteien, denen sie zugeordnet waren, auch

zugeordnet wurden.

Aufgefallen waren die sogenannten „rechnerischen Übertragungsfehler“ bei einer erneuten Überprüfung verschiedener Stimmbezirke. Die Kreiswahlleitung reagierte mit dieser Nachkontrolle auf von der AfD in einer Mail am 19. Mai vermutete Auffälligkeiten in insgesamt 16 Stimmbezirken.

Die Vermutung bestätigte sich in 14 Fällen nicht. In zwei Stimmbezirken im Wahlkreis 117 (Gymnasium Kamen und Friedrich-Ebert-Schule Kamen) wurden jedoch tatsächlich Übertragungsfehler entdeckt. Da das amtliche Endergebnis bereits festgestellt worden war, musste die rechnerische Berichtigung durch den am Dienstagabend (23. Mai) kurzfristig einberufenen Kreiswahlausschuss vorgenommen werden.

Die neuen Zahlen für die beiden Stimmbezirke wurden anschließend der Landeswahlleitung übermittelt und konnten so in das am 24. Mai in Düsseldorf festgestellte amtliche Endergebnis fürs ganze Land einfließen.

Marc Alexander Ulrich als neuer Beigeordneter gewählt

Mit großer Mehrheit hat am Dienstag der Stadtrat Marc Alexander Ulrich als Nachfolger zum neuen Beigeordneten der Stadt Bergkamen gewählt. Er wird am 1. Juli die Aufgabenfelder des bisherigen Amtsinhabers Holger Lachmann, die Kämmerei, Kultur und das Rechtsamt übernehmen. Ebenfalls für acht Jahre bestätigte der Rat Dr. Hans-Joachim Peters als Ersten Beigeordneten.



Zu Beginn der Ratssitzung am Dienstag standen die Beigeordneten im Mittelpunkt des Interesses (mit Blumen von links): Christine Busch, Marc Alexander Ulrich und Dr. Hans-Joachim Peters.

Für diese beiden Wahlen hatte die CDU geheime Wahlen in Kabinen beantragt in der Hoffnung, dass der eine oder andere Stadtverordnete die Fraktionsdisziplin verlässt und sich ihrer Position anschließt, dass Bergkamen auch mit zwei Beigeordneten auskommen kann. Bei 42 stimmberechtigten Ratsmitgliedern erhielt Peters 29 Ja- und 13 Nein-Stimmen. Beim neuen Kämmerer waren es dann 32 Ja- und 10 Nein-Stimmen.

Große Übereinstimmung gab es dann beim dritten Tagesordnungspunkt der Ratssitzung, die die Beigeordneten betrafen. Bei 40 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen stimmte der Rat für die Höhergruppierung der Beigeordneten Christine Busch von der Besoldungsstufe A16 auf B2.

Gegen diese Höhergruppierung sprach sich Werner Engelhardt (BergAUF) aus. Er hielt sie für die verhängten Beförderungstopps bei den anderen Rathausbeschäftigten für nicht angebracht. Hier widersprach CDU-Fraktionschef Thomas Heinzel entschieden. Es könne nicht angehen, dass die einzige Frau im Verwaltungsvorstand die niedrigste Besoldungsstufe habe, zumal sie ein breites und teilweise sehr

schwieriges Aufgabenfeld zu bearbeiten habe.

Verträge für die Übernahme der Eissporthalle fast unterschriftsreif

Dem Start der neuen Eislaufsaison der Eissporthalle Bergkamen scheint jetzt nicht mehr viel im Wege zu stehen. Beide Verträge seien fast unterschriftsreif, erklärte Bürgermeister Roland Schäfer in der Sitzung des Stadtrats am Dienstag. Er rechnet damit, dass der neue Betreiber Martin Brodde Anfang Juli auch offiziell an den Start gehen kann.

Nach den Vorstellungen Broddes sollten die Verträge viel früher unter Dach und Fach sein. Doch wie Schäfer berichtete, sei die Vertragsgestaltung zwischen dem neuen Betreiber und den GSW viel schwieriger als ursprünglich gedacht. Dies liegt weniger am fehlenden guten Willen, als an den künftigen Eigentums- und Nutzungsverhältnissen, die offensichtlich nicht so einfach in Vertragsparagrafen zu gießen sind. Die GSW werden auch künftig Eigentümerin der Eissporthalle bleiben.

Einfacher sei der Vertrag zwischen Brodde und der Stadt Bergkamen gewesen, meinte Schäfer. Hier geht es im Wesentlichen um einen jährlichen Zuschuss aus der Stadtkasse zu den Betriebskosten. Hier sind bereits 65.000 Euro bewilligt worden.

Abzuwarten bleibt, ob die Zeit bis zur Eröffnung der Eislaufsaison im September von Martin Brodde geplanten Modernisierungsmaßnahmen zumindest ansatzweise ausreichen wird.

Stadt lässt Kosten für Komponenten eines Familienbads am Häupenweg durchrechnen

Die Entscheidung darüber, was das neue Bergkamener Kombi-Bad alles bieten wird, soll jetzt erst nach den Sommerferien fallen. Wer am Häupenweg als Nachfolger für das Wellenbad und das Hallenbad an der Lessingstraße mehr als ein reines Bad für den Schul- und Vereinssport, sollte Politik und Verwaltung ausreichend viel Zeit zum Nachrechnen und zur Diskussion gönnen.

Die Planer des neuen Kombi-Bads sind nämlich inzwischen von der Stadt beauftragt worden, die Kosten verschiedener zusätzlicher Einrichtungen, die zu einem Familienbad gehören, durchzurechnen. Als Beispiel gilt hier das Freizeitbad CabrioLi in Lippstadt, das sich Anfang des Jahres die Vorsitzenden der Ratsfraktionen angesehen hatten. Das CabrioLi verfügt zum Beispiel auch über eine große Rutsche und ein Außenbecken.

Wie der für weitere acht Jahre frisch wiedergewählte Erste Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters in der Sitzung des Stadtrats am Dienstag erklärte, hat das Büro erst in ein paar Wochen dafür freie Kapazitäten, sodass es die Ergebnisse erst nach der Sommerpause geben wird.

Schneller geht es bei der gewünschten Unterstützung des Schwimmvereins Heil. Unter anderem haben Mitarbeiter des Baubetriebshofs im Frühjahr den notwendigen Baumschnitt im Naturfreibad Heil übernommen. Dem Verein sei auch Geld zur Verfügung gestellt worden, erklärte Bürgermeister Roland Schäfer. Diese finanzielle Unterstützung soll nun auch bei der Aufstellung des neuen Doppel-haushalts 2018/19 mit festen

Beträgen verstetigt werden.

CDU-Fraktion vor Ort: Diskussion mit dem TÜV Nord über die Weiternutzung des Schulgebäudes am Kleiweg

Die CDU Fraktion besichtigte jetzt den TÜV Nord am Kleiweg in Weddinghofen. Wissen wollten die Kommunalpolitiker auch, wie das Gebäude nach 2018 genutzt wird.



Die Vorsitzenden der Geschäftsführung Jürgen Harlank gab einen Überblick über die Aktivitäten des TÜV Nord College, der Schulleiter Klaus-Peter Rüsing stellte die Einrichtung am Standort vor und erklärte, dass die Ausbildung ab Mitte 2018 am Freiherr-von-Stein-Berufskolleg in Werne weiter betrieben wird und somit im Kreis Unna

bleibt.

Im Anschluss an den Vortrag gab es einen Rundgang durch das Gebäude. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Bereiche Technik und die Pflegeausbildung gelegt. Im Technikbereich erlebte die Fraktion einen 3-D-Drucker in Aktion.

Im Pflegebereiche fanden die Teilnehmer die modernen, hochwertig ausgestatteten Räume für die Ausbildung von Fachkräften für die Altenpflege überzeugend. Kurse für angehende Pflegekräfte werden am Standort Bergkamen NRW-weit durchgeführt.

Anschließend gab es eine rege Diskussion mit der Geschäftsführung Jürgen Harlank und Schulleiter Klaus-Peter Rüsing darüber, wie es mit dem Gebäude nach 2018 weitergeht. Die Standortentwicklung soll mit der geplanten Errichtung des Gesundheitszentrum PueD einhergehen, erklärten sie. Das Ziel müsse sein, diesen Schulstandort in Bergkamen zu erhalten.